Anlage 57 zur GRDrs. 823/2023

**Stellenschaffung**

**zum Stellenplan 2024**

| Org.-Einheit,Kostenstelle | Amt | BesGr.oderEG | Funktions-bezeichnung | AnzahlderStellen | Stellen-vermerk | durchschnittlicherjährlicherkostenwirksamerAufwandin Euro |
| --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- |
| 53-2.25322 600053-2.3.253-2.3.2 5323 6000 | Gesundheitsamt  | S 15EG 8EG 15 | Sozialarbeiter/-inMedizinische/-r Fachangestellte/-r(Fach-)Arzt/Ärztin | 0,50,50,5 |  | 36.800‬‬28.600‬57.550 |

**1 Antrag, Stellenausstattung**

Für den Bereich HIV/STI (Sexually Transmitted Infections) -Beratung wird der Schaffung von 0,5-Stelle in EG 8 für eine/-n medizinische/-n Fachangestellte/-n, 0,5-Stelle in EG 15 für eine/-n (Fach-) Arzt/Ärztin im Sachgebiet Tuberkulose-, HIV- und STI-Sprechstunde sowie der Schaffung von 0,5-Stelle für Sozialarbeiter/-in in S 15 im Sachgebiet Sozialdienst, Infektionskrankheiten in der Abteilung Gesundheitliche Versorgung, Amtsärztlicher Dienst (53-2) im Gesundheitsamt zugestimmt.

**2 Schaffungskriterien**

Das Kriterium Arbeitsvermehrung wird im Umfang von insgesamt 1,5 Stellen erfüllt.

**3 Bedarf**

**3.1 Anlass**

Der Antrag auf Stellenneuschaffung erfolgt aufgrund einer erheblichen Arbeitsvermehrung im Bereich 53-2.2 (HIV/STI-Beratung) und 53-2.3.2 durch eine erhebliche Fallzunahme (pandemiebedingter Jahresvergleich von 2017 – 2019) um 27 %, bei gleichzeitiger Zunahme der Untersuchungszahlen (d. h. einzeln bestimmte Parameter) um über 50 %.

Die steigende Syphilis-Inzidenz führt zu mehr Beratungs-, Untersuchungs- und Behandlungsbedarf, auch andere STI-Inzidenzen werden vermutlich zunehmen (insbesondere auch vor dem Hintergrund der zunehmend verbreiteten HIV-Präexpositionsprophylaxe [PrEP], die in der Regel zum Weglassen von Kondomen führt).

Die derzeitige durchschnittliche Wartezeit bis zum nächsten freien Termin beträgt 25 Tage (kurzfristige Notfalltermine bei Symptomen sind in dieser Zahl bereits inkludiert). Dies ist aus fachlicher Sicht zu lang, da hier das Risiko von Infektionsausbreitung durch asymptomatische Bürger/-innen besteht. Gleichzeitig erfolgen immer mehr Zuweisungen aus der primärärztlichen Versorgung (Vertragsarztsystem) an die HIV/STI-Beratung.

Aktuell werden vom Sachgebiet 56 Termine pro Woche angeboten (ca. 2.700 Termine/Jahr). Zusätzlich werden Schwangere ohne Krankenversicherung untersucht, (parenterale) Therapien und Präventionstätigkeiten angeboten bzw. durchgeführt (ca. 8 weitere Termine/Woche) sowie med. Verlaufskontrollen nach erfolgter Therapie bei positivem Befund angeboten. Gleichzeitig werden durchschnittlich 445 E-Mail-Anfragen pro Monat durch die Mitarbeiter/-innen bearbeitet und beantwortet. Mit den o. g. Stellenschaffungen könnte das Angebot auf 70 Termine in der Woche erweitert werden (ca. 3.400 Termine/Jahr) und die durchschnittliche Wartezeit bis zum nächsten Termin von derzeit 25 Tagen deutlich reduziert werden.

Im Rahmen der Beratung durch Sozialarbeiter/-innen wird deutlich, dass das Wissen zum Thema Sexualität inkl. aller Themen, wie sexuell übertragbarer Krankheiten, Schwangerschaft und Schwangerschaftsverhütung, Prävention u. a. in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen ist. Beratungsgespräche als gesetzlich vorgeschriebene Aufgabe brauchen entsprechend mehr Zeit.

**3.2 Bisherige Aufgabenwahrnehmung**

Aktuell sind für die HIV/STI-Beratung im Gesundheitsamt 1,2 Ärztestellen zur Betreuung der Sprechstunde vorgesehen. Für die Betreuung der Sprechstunde durch MFAs stehen insgesamt 1,5 Stellenanteile zur Verfügung. 1,4 VZK sind im Bereich der Sozialarbeit vorhanden.

**3.3 Auswirkungen bei Ablehnung der Stellenschaffungen**

Die Beibehaltung des (derzeit nicht ausreichenden) medizinischen Angebots führt ggf. zu länger andauernden Infektionsketten und Resistenzbildungen auf Antibiotika durch nicht adäquate Behandlung, vermeidbaren HIV-Neuinfektionen bis hin zu bleibenden Schäden (z. B. Unfruchtbarkeit durch chronische Chlamydieninfektionen) für die Bevölkerung, wenn kein zeitnaher Termin zur Verfügung steht.

**4 Stellenvermerke**

-